

Gute Schulden, schlechte Schulden – nachhaltige Finanzpolitik in Krisenzeiten



These 1:

Die Aufnahme von übermäßig vielen neuen Schulden ist egoistisch, weil die Lasten auf kommende Generationen abgeladen werden.

These 2:

Statt höherer Schulden sollte die Politik lieber bei den Reichen zugreifen: Eine Vermögensteuer für Millionäre trifft die Richtigen, ohne dass es zu wirtschaftlichen Verwerfungen kommen würde.

These 3:

Der demografische Wandel ist absehbar. Die Folge sind mehr Rentner und Pensionäre bei weniger Erwerbstätigen. Zur Stabilisierung der Staatseinnahmen braucht es mehr Zuwanderung, bessere Kinderbetreuung und eine Abschaffung des Ehegattensplittings.

Agenda

1

Finanzierung des Staates

2

Von der goldenen Dekade zum Krisenmodus

3

Perspektiven für die kommenden Jahre

4

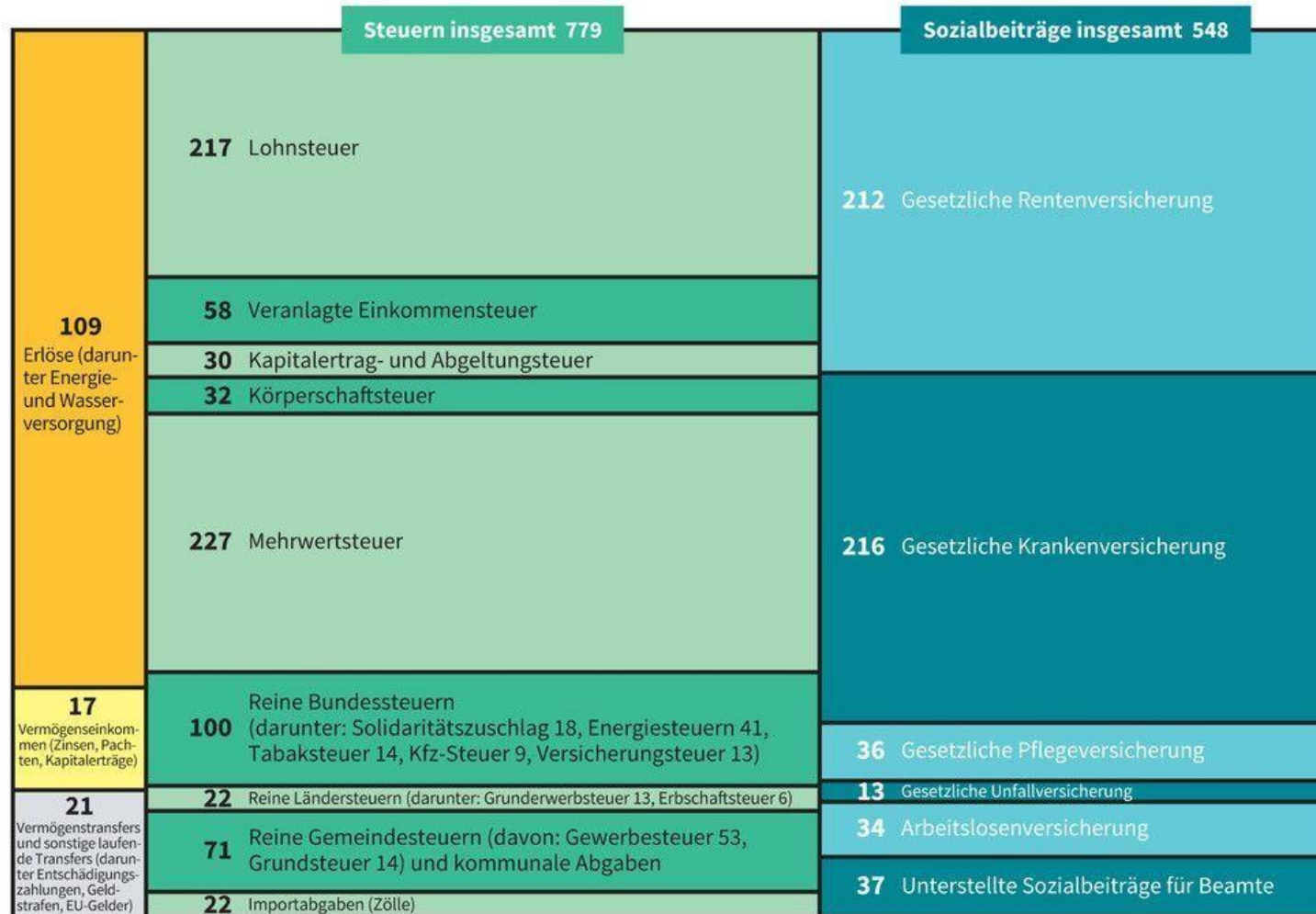
Politische Handlungsoptionen

1

Finanzierung des Staats

Staatseinnahmen 2017 in Milliarden Euro

Insgesamt 1.475 davon:



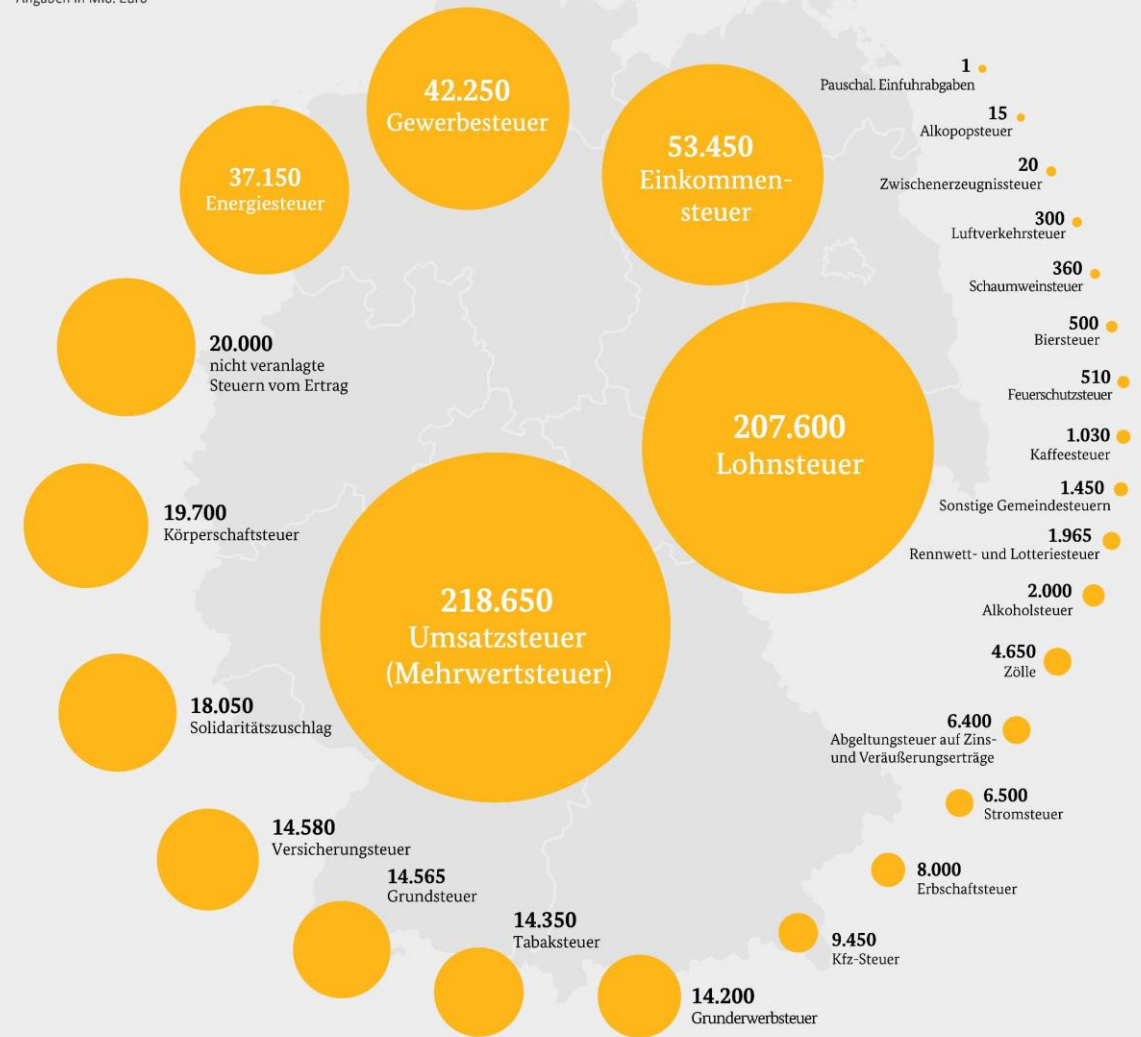
Quellen: Bundesfinanzministerium, Statistisches Bundesamt
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Steuerspirale 2020

Steuereinnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und EU
717.696 Mio. Euro, davon entfielen auf

Angaben in Mio. Euro



Stand: 158. Sitzung; September 2020

Quelle: Arbeitskreis „Steuerschätzungen“; Bundesministerium der Finanzen

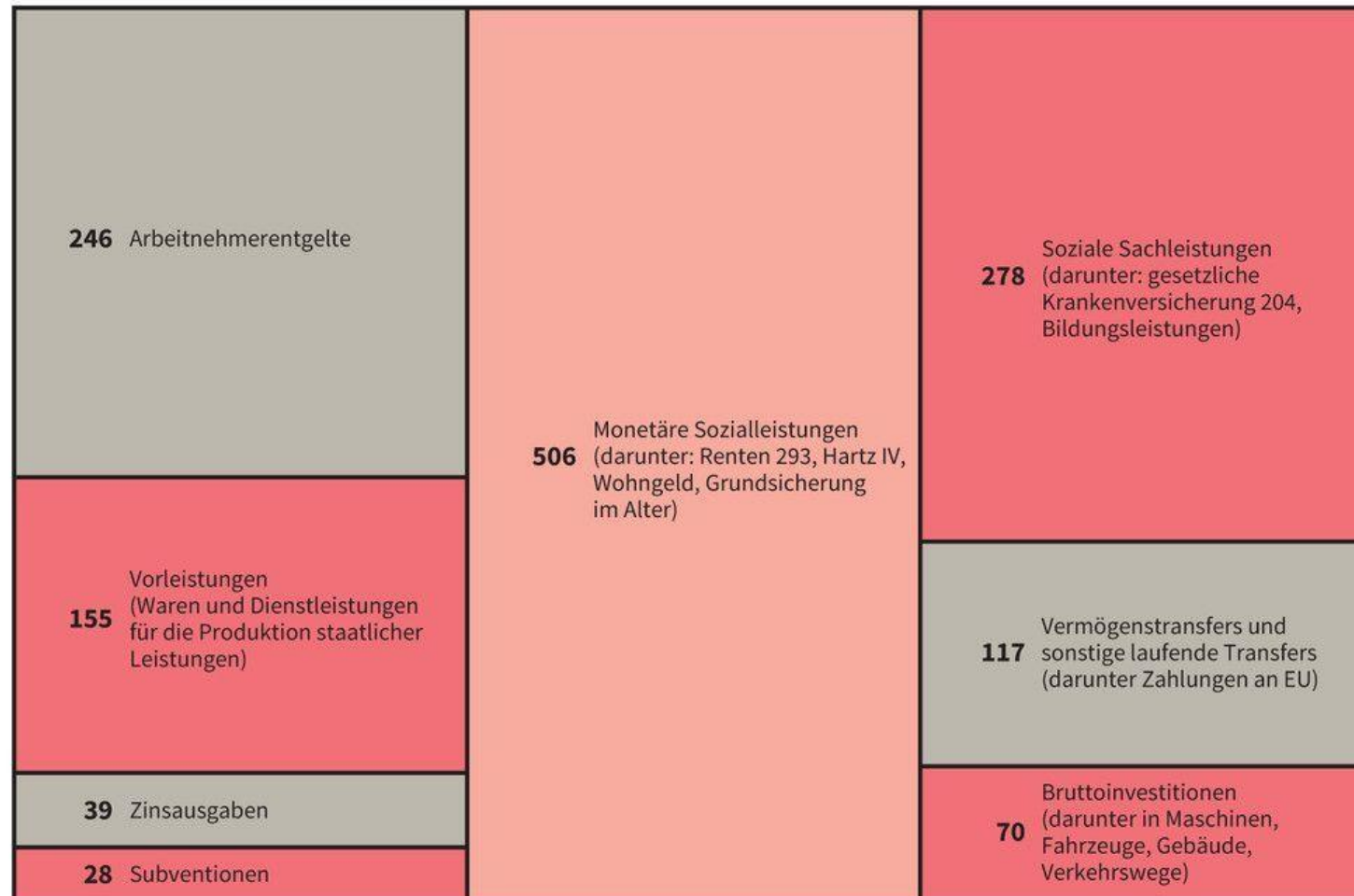
Wer bekommt welche Steuern?



- Länder und Kommunen sind an den großen Gemeinschaftsteuern beteiligt: Bei der Einkommensteuer gehen 42,5 Prozent an die Länder und 15 Prozent an die Kommunen.
- Bei der Umsatzsteuer gehen 47 Prozent an die Länder und 3 Prozent an die Kommunen.
- Die Energiesteuer fließt dagegen ausschließlich dem Bund zu.
- Bei den Unternehmensteuern teilen sich Bund und Länder hälftig die Körperschaftsteuer, während die Gewerbesteuer den Kommunen zusteht.
- Inflation führt zunächst zu steigenden Steuereinnahmen: 1 Prozent mehr Inflation = 10 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen (nominal).

Staatsausgaben 2017 in Milliarden Euro

Insgesamt 1.438 davon:



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2018 IW Medien / iwd

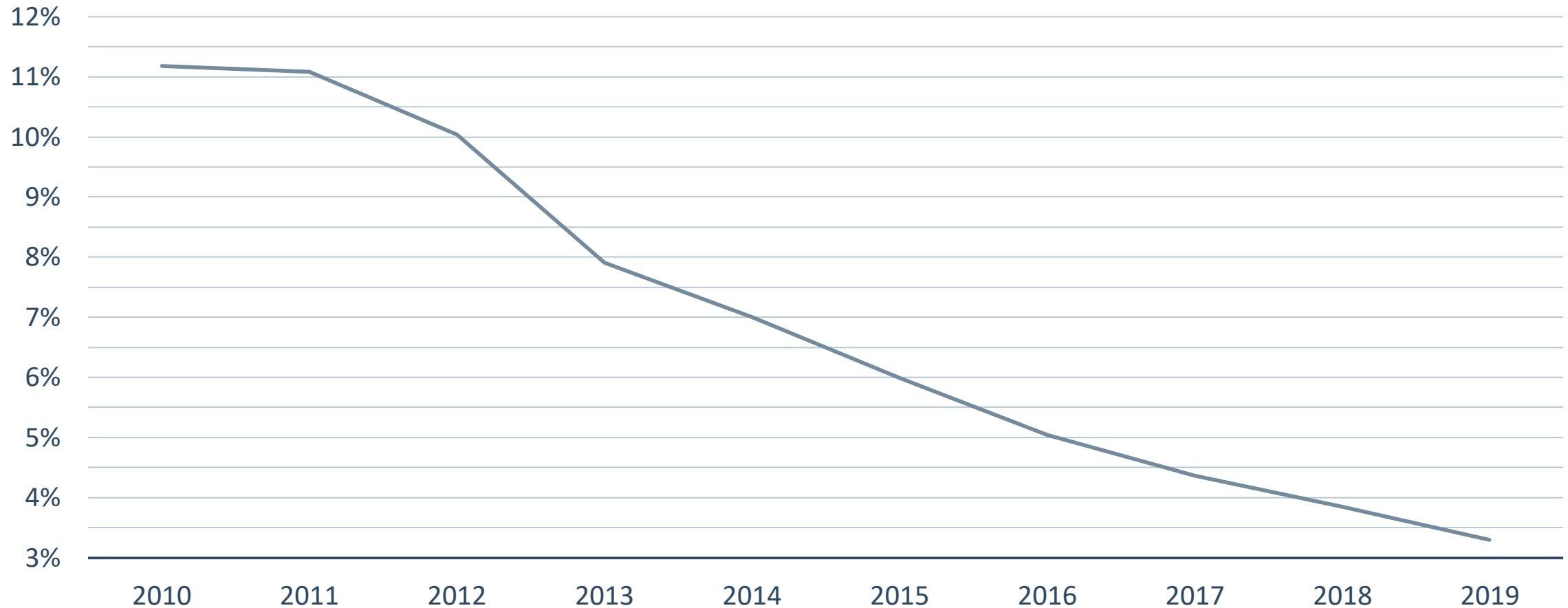
iwd

2

Von der goldenen Dekade
zum Krisenmodus

Goldene Dekade für den Staat: Zinsausgaben historisch gesunken

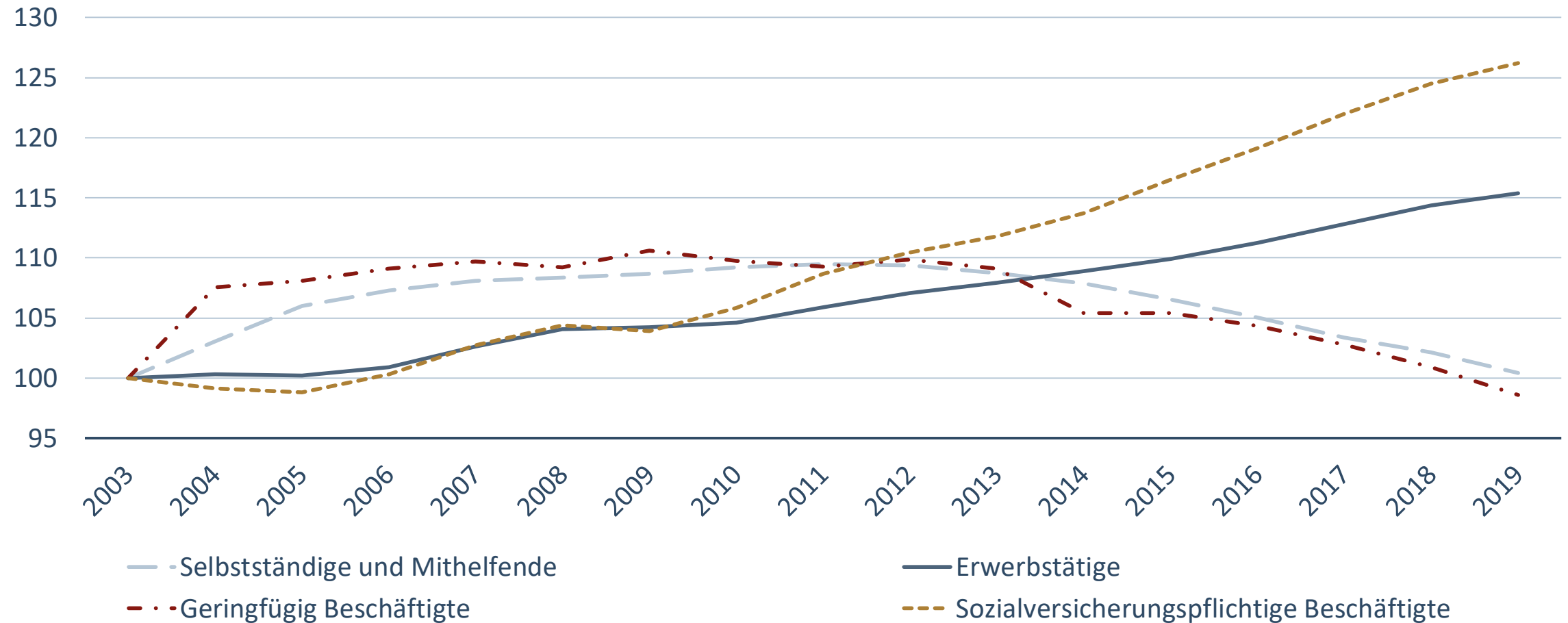
Zins-Steuer-Quote (Zinsausgaben als Anteil der Steuereinnahmen)



Quellen: Deutsche Bundesbank; Institut der deutschen Wirtschaft

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung spürbar gestiegen

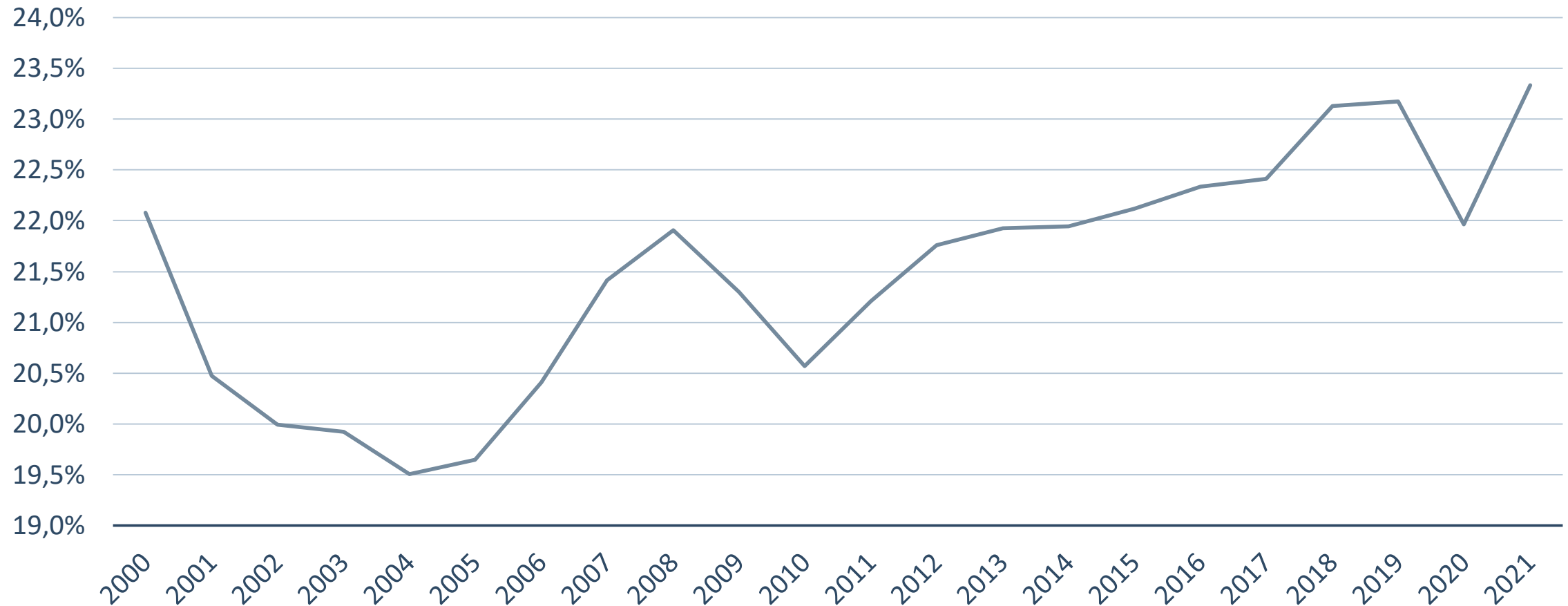
Entwicklung der Erwerbsstruktur in Deutschland, Index 2003=100



Quellen: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung; Bundesagentur für Arbeit

Steuerquote in der Folge auf Rekordniveau geklettert

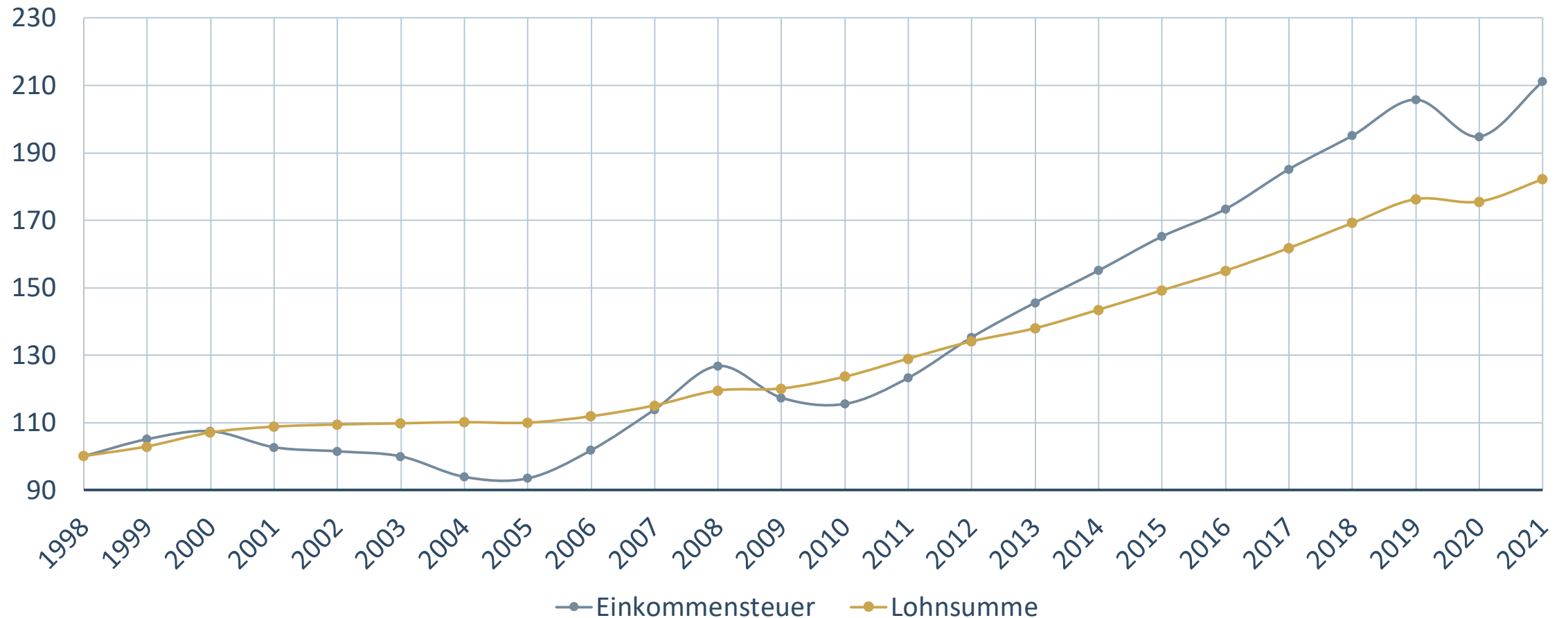
Steuereinnahmen als Anteil des Bruttoinlandsprodukts (Kassenstatistik)



Quellen: Bundesfinanzministerium; Institut der deutschen Wirtschaft

Einkommensteuer schlägt Lohnsumme

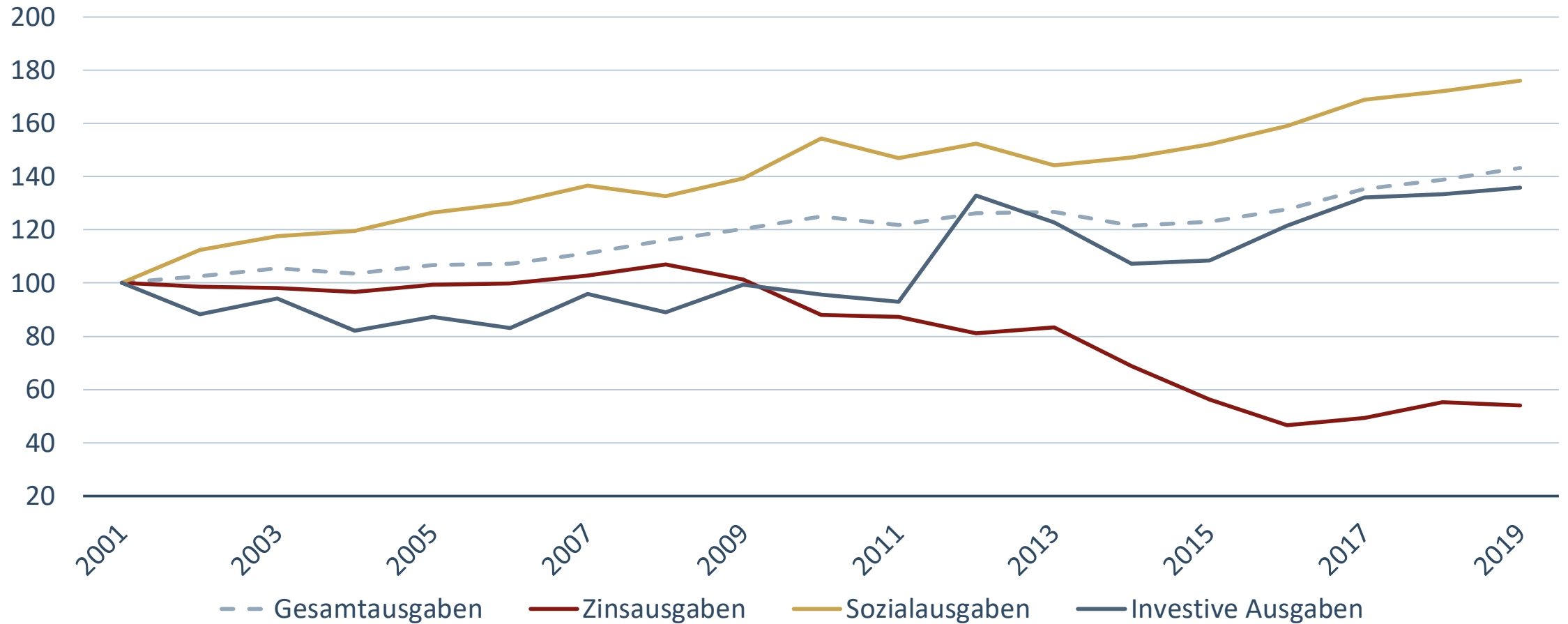
Index 1998=100; Einkommensteuer: Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer



Quellen: Bundesfinanzministerium; Institut der deutschen Wirtschaft

Plus bei Sozialausgaben konnte so finanziert werden

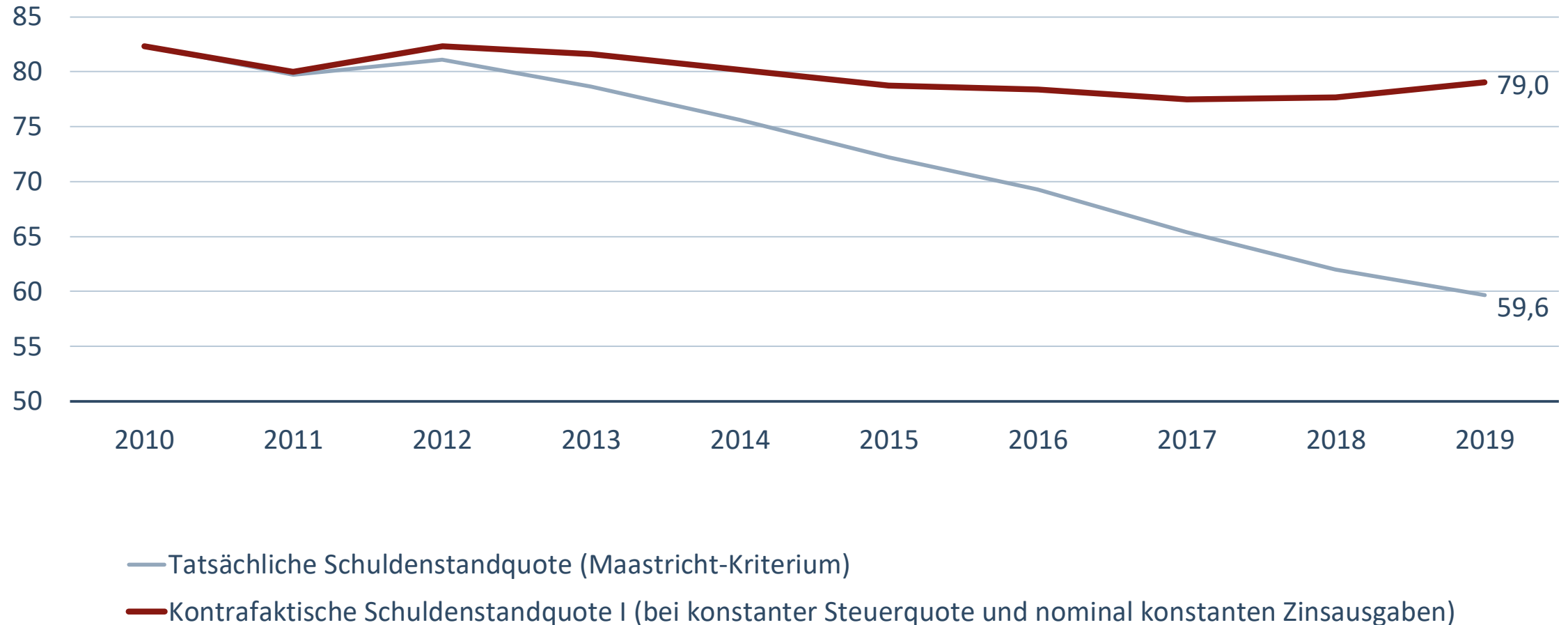
Indexiert 2001 = 100



Quellen: BMF; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Effekt von Steuerplus und Zinstief auf Staatsverschuldung

Schuldenstand in Prozent des BIP



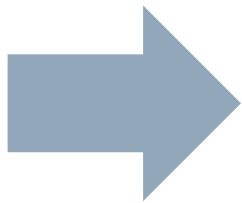
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Pandemie: Neue Schulden nach sechs Jahren schwarzer Null

Angaben nach der Finanzstatistik

	2014 bis 2019	2020	2021	2022	2023
In Milliarden Euro	0	131	215	139*	<i>max. 14</i>
In Prozent des BIP	0%	3,9%	6,0%	3,7%*	<i>0,35%</i>

* Ohne Nettoneuverschuldung von 100 Milliarden Euro für das Sondervermögen der Bundeswehr.

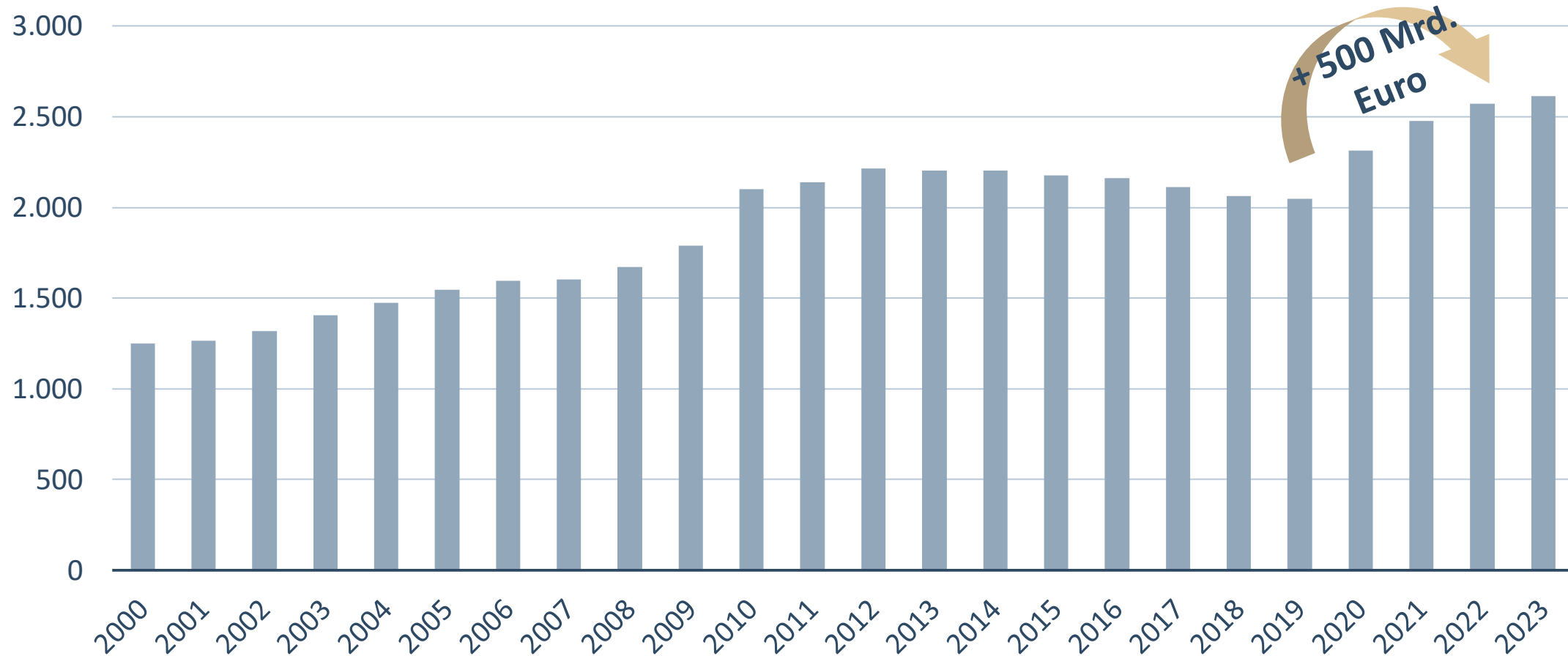


Drastische Reduktion der Nettokreditaufnahme im kommenden Jahr vor dem Hintergrund von Pandemie, Krieg und Klimaschutz zweifelhaft.

Quelle: Bundesfinanzministerium; Institut der deutschen Wirtschaft

Schuldenstand in der Krise um ein Viertel gestiegen

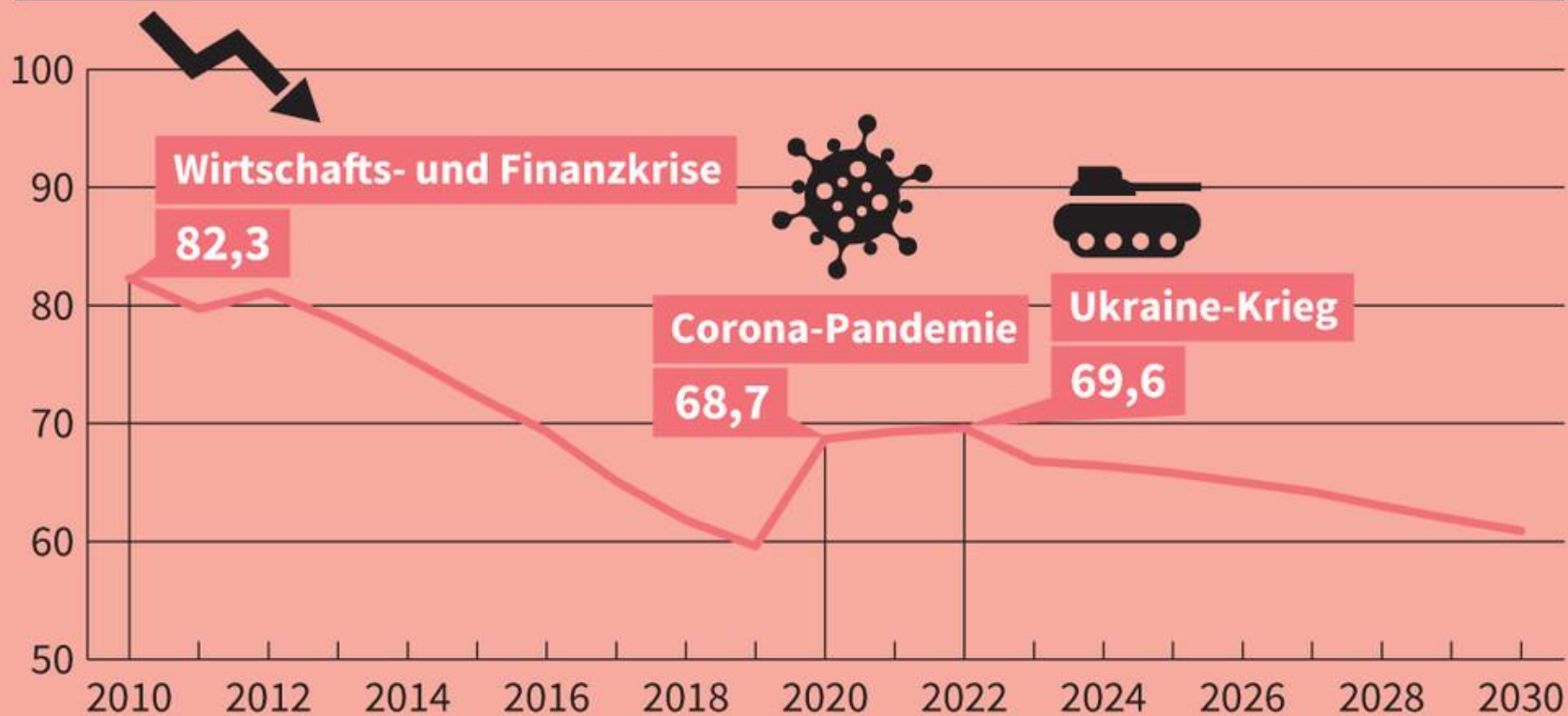
Schuldenstand in Milliarden Euro



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Staatsschuldenquote: Weiterer Rückgang trotz Krisen

Schuldenstand Deutschlands in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Ab 2022: Simulation

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

© 2022 IW Medien / iwd

iwd

2

Perspektiven für die
kommenden Jahre

Die kalte Progression ist wieder da



Als kalte Progression werden Steuermehreinnahmen bezeichnet, die entstehen, wenn Einkommenserhöhungen die Inflation ausgleichen, und es in Folge des progressiven Einkommensteuertarifs bei somit unverändertem Realeinkommen zu einem Anstieg der Durchschnittsbelastung kommt.

Kalte Progression als Zusatzeinnahme des Staates

Steigender Durchschnittssteuersatz bei gleichem Realeinkommen

1 Die allgemeine Inflationsrate führt zu einem Kaufkraftverlust.

3 Im progressiven Einkommensteuertarif steigt der Steuersatz mit dem Einkommen an.



2 Der Arbeitgeber will durch ein Gehaltsplus in Höhe der Inflationsrate für einen Ausgleich sorgen.

4 Das Nettogehalt wächst weniger stark als die Inflation. Kaufkraftverlust wird nur zum Teil ausgeglichen.

Ausgleich der kalten Progression seit 2010 nicht ausreichend

In Euro	2010	2022	Veränderung
Erste Knickstelle	13.469	14.926	11%
Zweite Knickstelle (Spitzensteuersatz)	52.881	58.596	11%
Einsetzen Reichensteuersatz	250.730	277.825	11%
Inflation (Konsumausgaben der privaten Haushalte 2021 als Index mit 2010 = 100)	100	116	16%

- Insgesamt hat die Inflation seit 2010 zu überproportionalen Steuermehreinnahmen für den Fiskus geführt.
- Von 2010 bis 2015 wurde die kalte Progression gar nicht ausgeglichen (Inflation lag bei 6 Prozent).
- Seit 2016 wird die kalte Progression auf Basis von Prognosen ausgeglichen (leichte Überkompensation).
- Dabei hat der Staat zwischen 2016 und 2020 allerdings von Reallohnerhöhungen überproportional profitiert (warme Progression).
- 1 Prozent Lohnerhöhung bedeutet gut 2 Milliarden Euro kalte Progression (Summe Bund und Länder/Kommunen).

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Belastung der Kalten Progression für die Jahre 2022 und 2023

In Abhängigkeit vom jährlichen Bruttoeinkommen in Euro

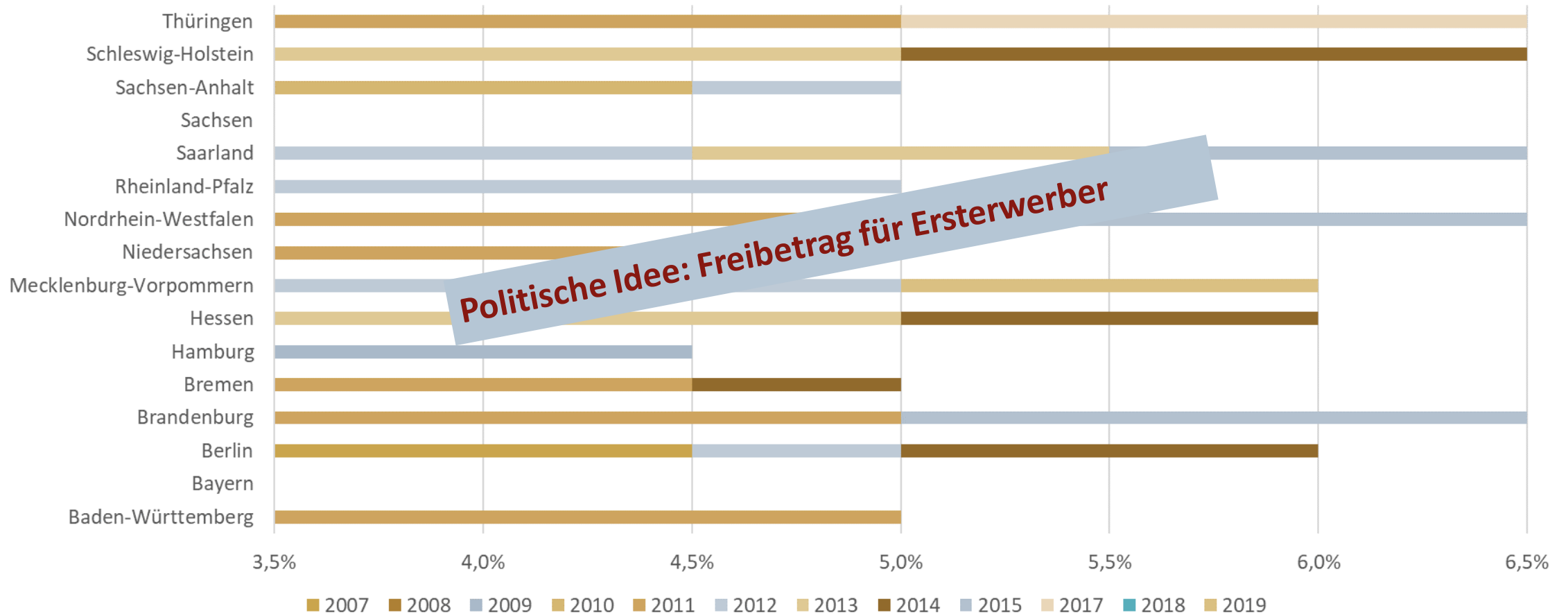
Single-Haushalt	25.000	50.000	75.000	100.000
2022	168	306	764	939
2023	172	323	776	939
Gesamter Zeitraum	508	936	2.304	2.817
Familie mit zwei Kindern	35.000	50.000	100.000	150.000
2022	262	326	725	1.414
2023	283	337	781	1.691
Gesamter Zeitraum	806	990	2.231	4.519

Anmerkung: Real konstante Einkommen, Inflationsraten annahmegemäß jeweils 5 Prozent für die Jahre 2022 und 2023, Mehrbelastung durch Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag, abhängig Beschäftigte/r (Alleinverdiener/in im Fall der Familie), gesetzlich

Aufkommenseffekt: 12 Milliarden Euro im Jahr 2022 und weitere knapp 13 Milliarden Euro im Jahr 2023

Der Anteil von NRW (Land und Kommunen) beträgt jeweils mehr als 1 Milliarde Euro.

Gründerwerbsteuer: fast 30 Erhöhungen seit 2007



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

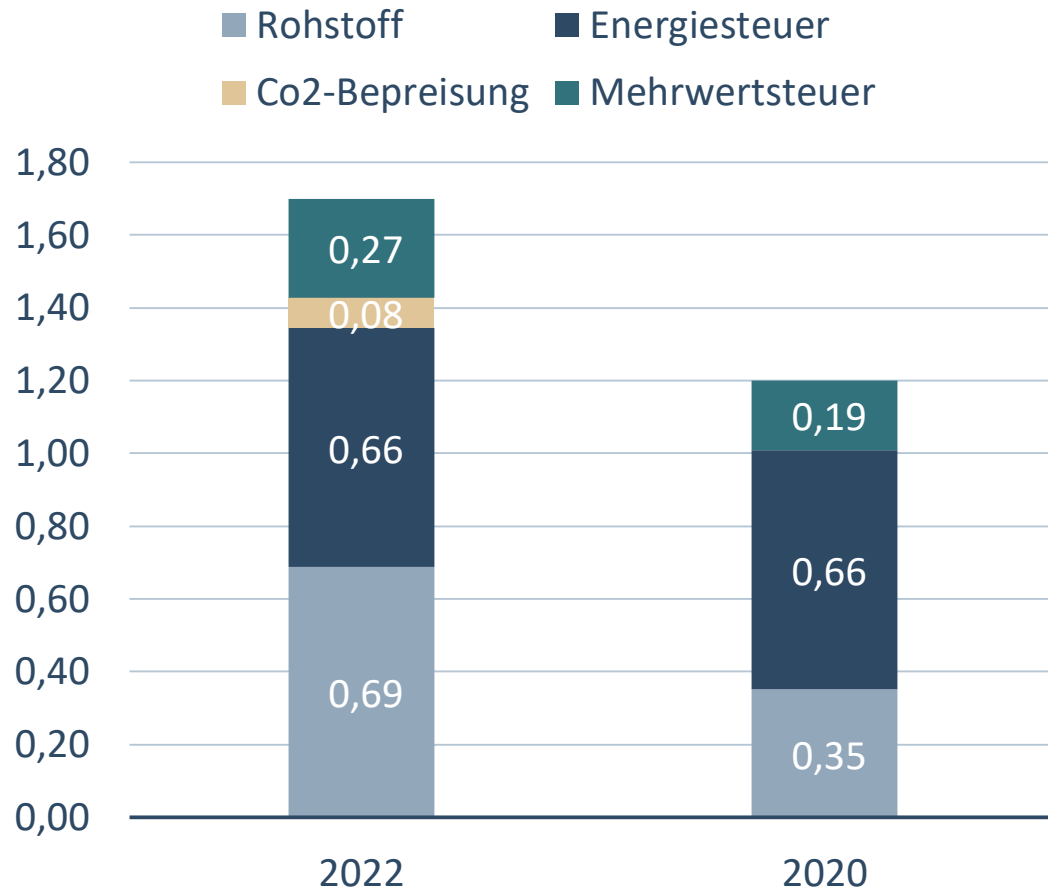
Folgen eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer

In Euro	2022	2025
Kaufpreis	500.000	600.000
Grunderwerbsteuer	6,5%	6,5%
Grunderwerbsteuer	32.500	39.000
Freibetrag	300.000	300.000
Grunderwerbsteuer mit Freibetrag	13.000	19.500
Steueranteil	2,6%	3,3%

- Einmalige Einführung eines Freibetrags mindert den Entlastungseffekt über die Zeit.
- Regelmäßige Anpassungen an die Preisentwicklung wären erforderlich.
- Die Frage ist dabei, welche Preise relevant sind: allgemeines Preisniveau oder Immobilienmarkt (ggf. regional unterteilt)?
- Ziel ist im Koalitionsvertrag verankert, Finanzierung bleibt jedoch offen (Bund oder Länder?).

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Steuerliche Effekte von Teuerungen auf den Benzinpreis



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

- In absoluten Werten ist die Besteuerung von 85 Cent auf 101 Cent gestiegen.
- Relativ ist der Steueranteil von 71 Prozent auf 60 Prozent zurückgegangen.
- Mengensteuer (Energiesteuer) und Wertsteuer (Mehrwertsteuer) mit unterschiedlichen Effekten.
- Steuersystematisch ist das nicht zu beanstanden, verteilungspolitisch jedoch problematisch.

Anpassung von Freibeträgen unterschiedlich gehandhabt

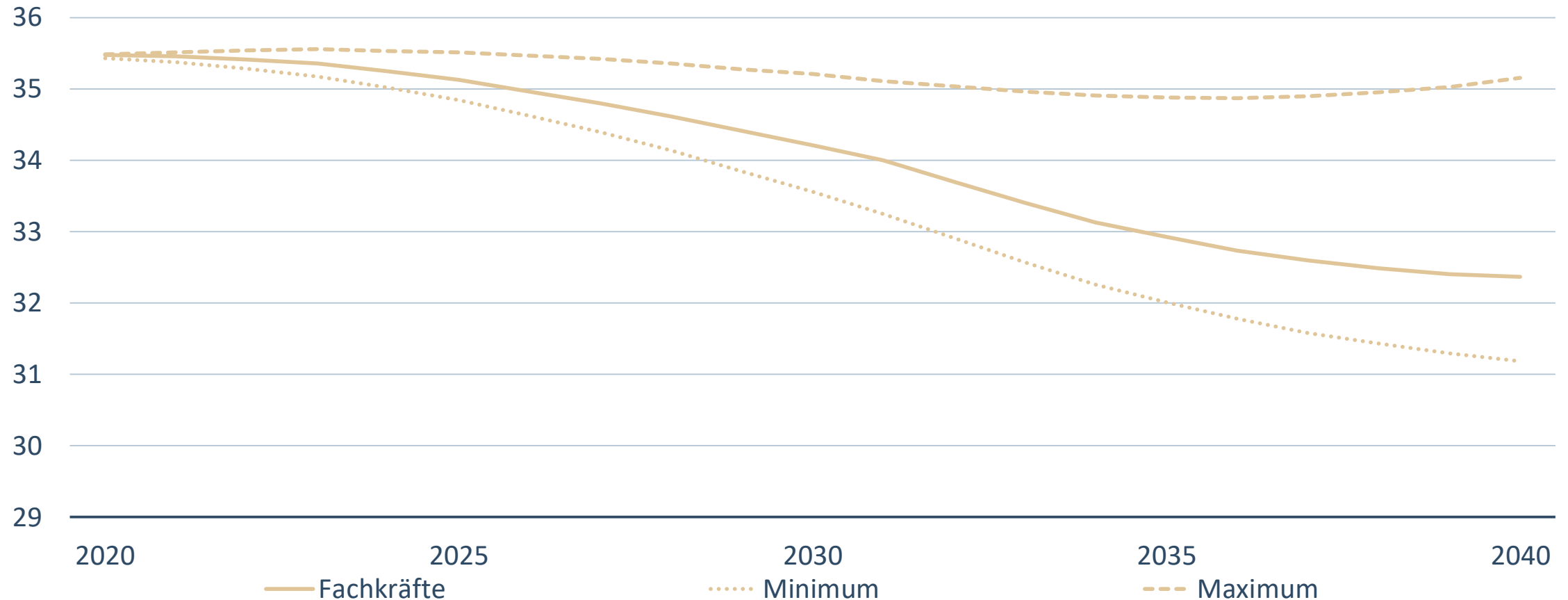
	2010	2022	Erhöhung in Prozent
Grundfreibetrag	8.004	9.984	25%
Kinderfreibetrag	4.368	5.460	25%
Freibetrag für Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf	2.640	2.928	11%
Alleinerziehenden-Entlastungsbetrag	1.308	4.008	206%
Sparer-Pauschbetrag	801	801	0%
Ausbildungsfreibetrag	924	924	0%
Inflation (Konsumausgaben der privaten Haushalte 2021 mit 2010 = 100)	100	116	16%

- Der Sparer-Pauschbetrag soll zum 1. Januar 2023 von 801 Euro auf 1.000 Euro angehoben werden.
- Der Ausbildungsfreibetrag soll von 924 Euro auf 1.200 Euro steigen.
- Besonders stark ist der Alleinerziehenden-Entlastungsbetrag gestiegen. Zusätzlich soll eine Steuergutschrift kommen.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Auswirkungen der Demographie auf den Fachkräftemangel

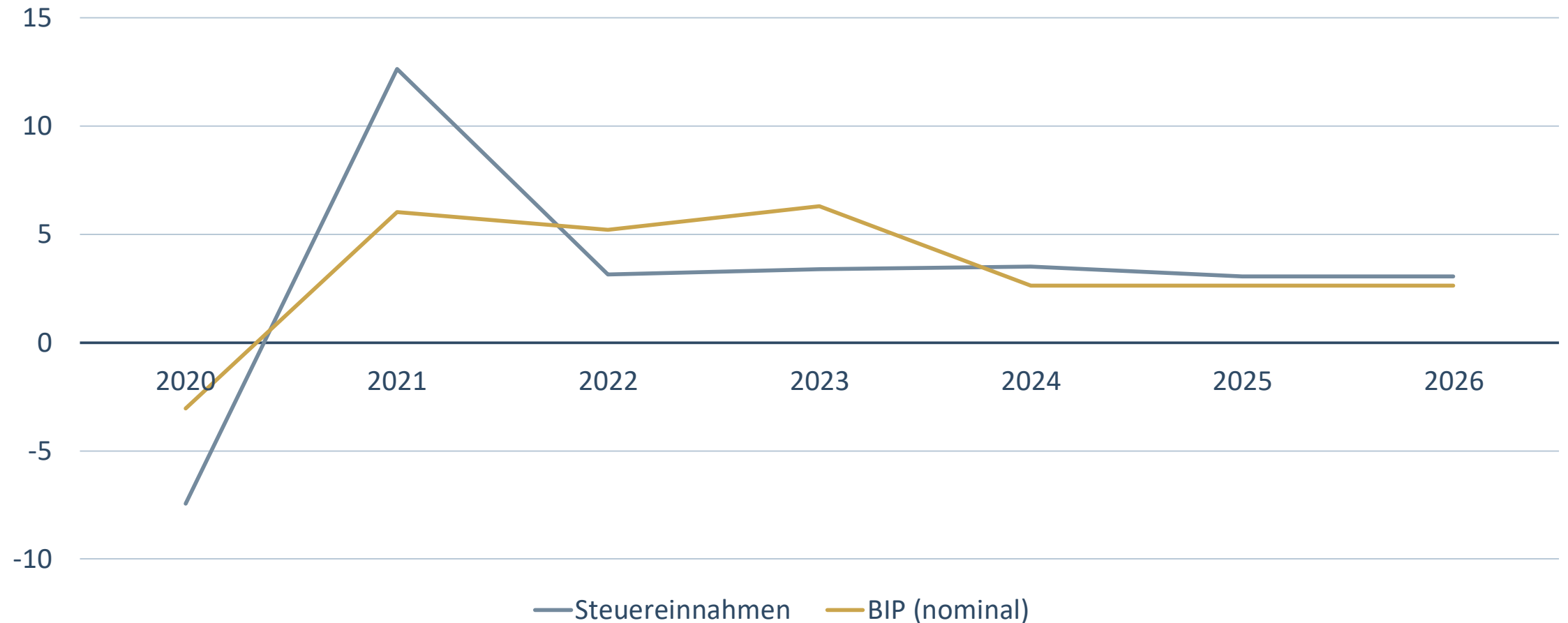
Entwicklung der Fachkräftebasis (20- bis 69-jährige Personen) in Millionen



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

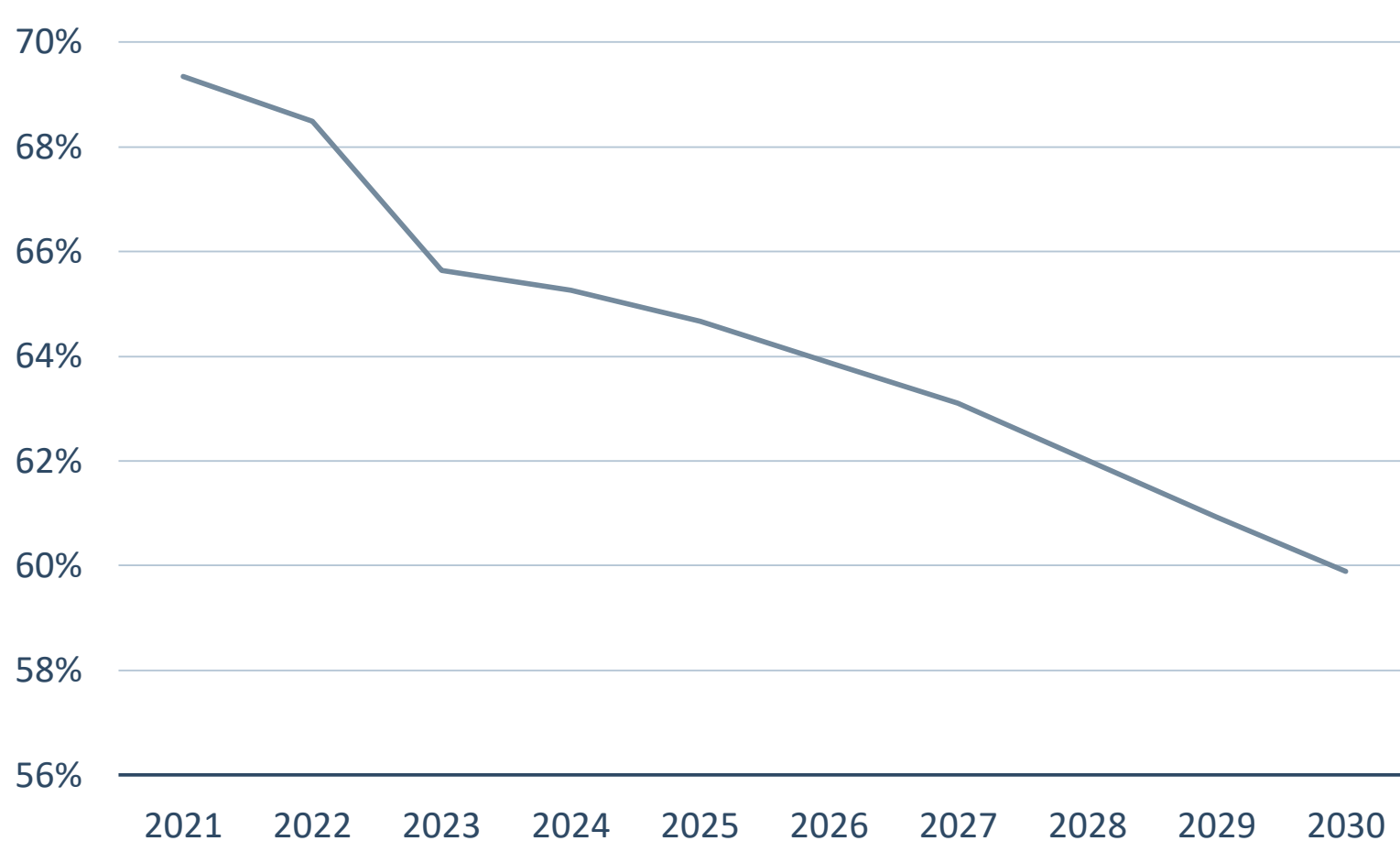
Steuereinnahmen steigen lediglich moderat

Erwartete Wachstumsraten von Steuereinnahmen und nominalem BIP in Prozent



Szenario zur Entwicklung der Schuldenstandsquote

Schuldenstand als Anteil des BIP



- Insgesamt langsamerer Rückgang als im vorigen Jahrzehnt
- Hohe Inflationsraten senken aktuell die Quote
- Ab 2023 wird Schuldenbremse annahmegemäß wieder eingehalten
- Ab 2024 Nominalwachstum von 2,5 Prozent pro Jahr unterstellt
- Investitionsbedarfe, Demografie und Zinsanstieg setzen Haushalte unter Druck

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

3

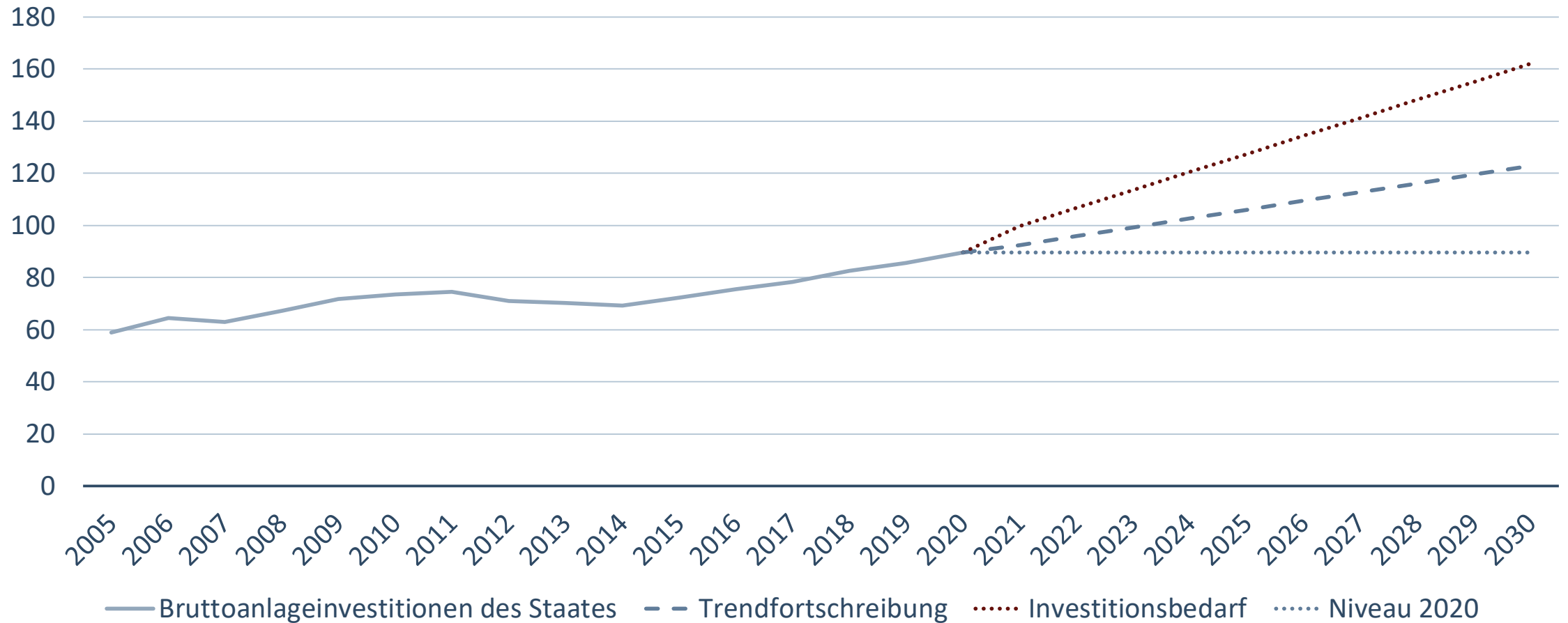
Politische Handlungsoptionen

Veränderte Ausgangssituation

- Voraussichtlich anhaltend **hohe Inflation** im Jahresverlauf und auch im kommenden Jahr: **Stagflationsgefahr** besteht.
- **Klimawandel und Digitalisierung** erfordern deutlich mehr Investitionen: **Finanzierung noch weitgehend unklar**
- **Zinsanstieg** im Euro-Raum scheint nur eine Frage der Zeit zu sein: **Zinsausgaben steigen** tendenziell wieder und mittelfristig (ab 2028) müssen **Corona-Schulden getilgt werden**.
- Von Pandemie und Krieg angeschlagene Staatsfinanzen treffen auf eine im internationalen Vergleich **hohe Steuerbelastung**: **Steuerreform als Chance für mehr Dynamik** - aber fiskalisch wären Mindereinnahmen zu verkraften.
- **Integration von Geflüchteten** in Gesellschaft und Arbeitsmarkt stellt zunächst eine weitere Herausforderung dar: Mittelfristig **Chance um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken**.

Investitionsoffensive zur Stärkung des Wachstums notwendig

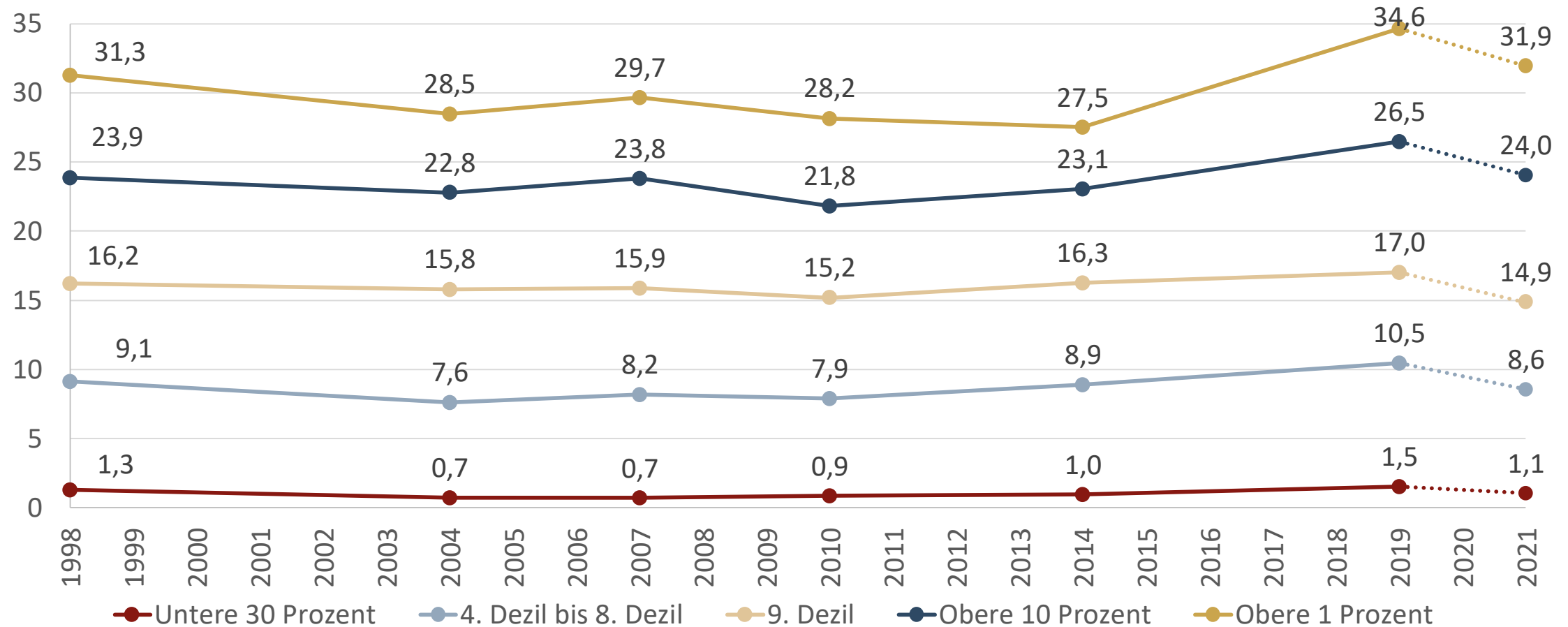
Bruttoanlageinvestitionen des Staates in Preisen des Jahres 2019, lineare Fortschreibung des Trends 2015-2020, in Milliarden Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

Steuerbelastung durch Einkommensteuer und Soli

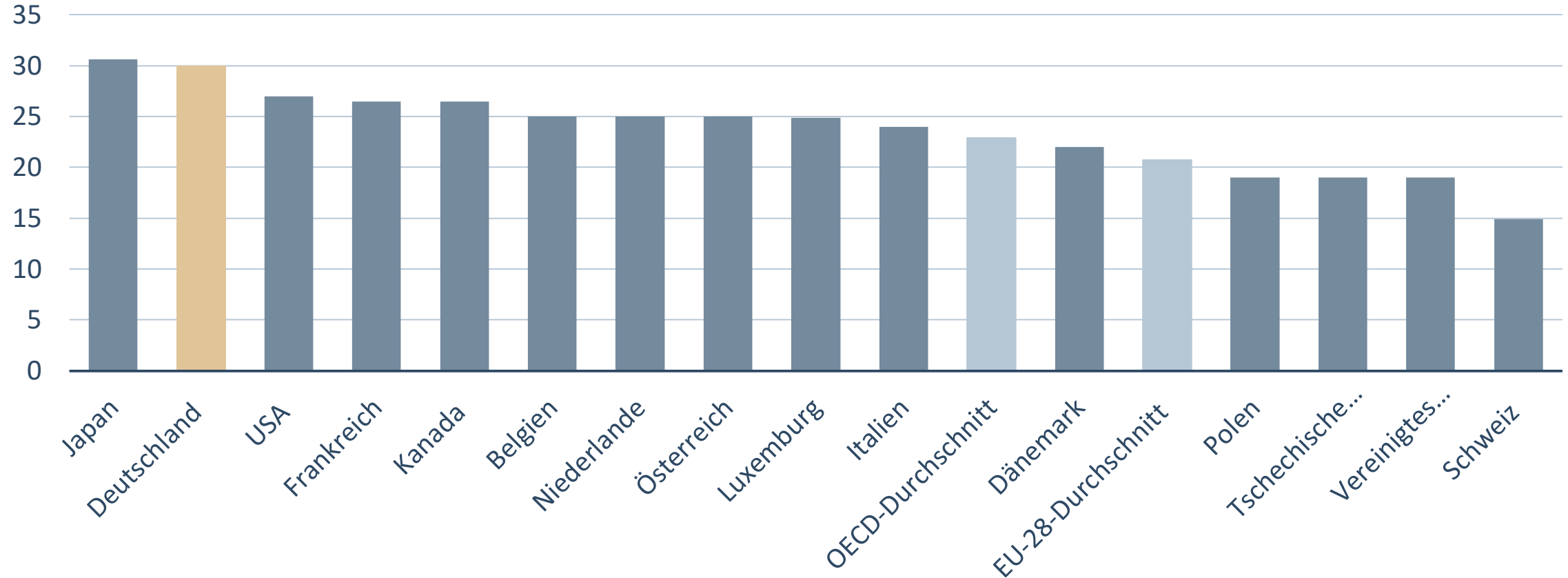
Belastung des Bruttoeinkommens in Prozent



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Hohe tarifliche Steuerbelastung für Firmen in Deutschland

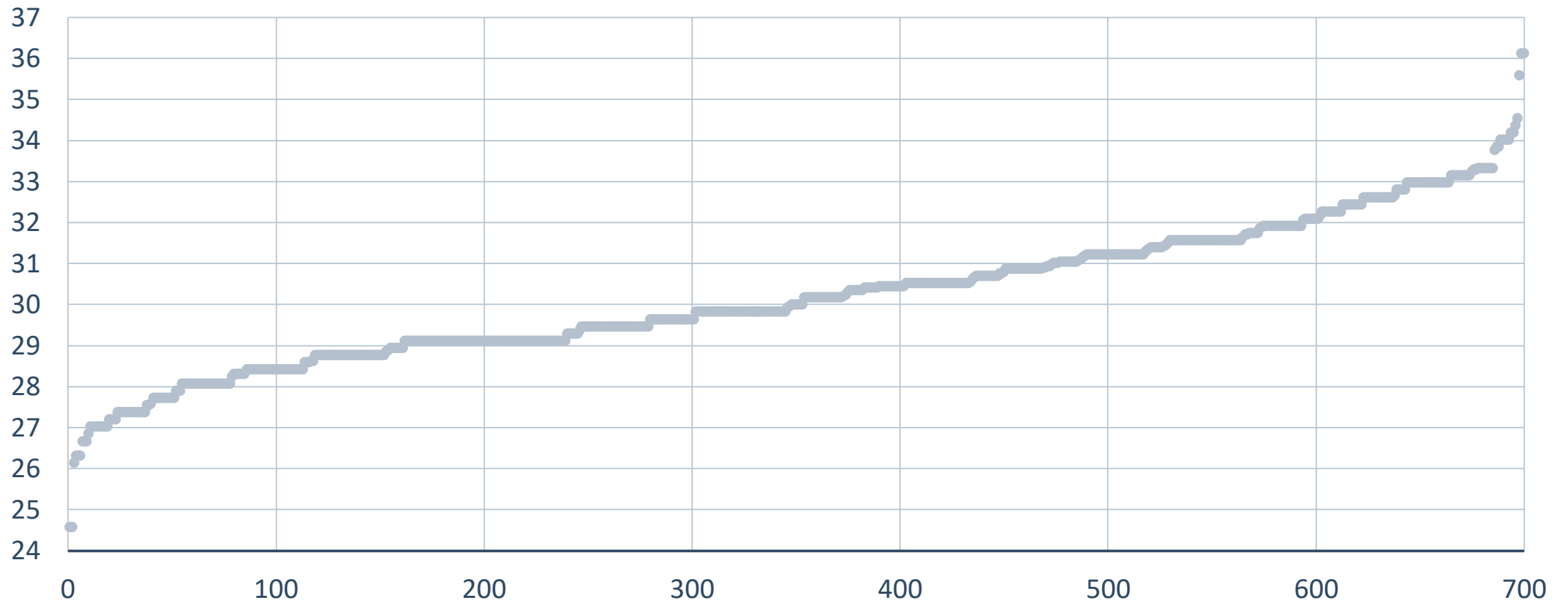
Ertragsteuerbelastung (einschl. lokalen Steuern) in den G7-Staaten und Deutschlands Nachbarstaaten



Quellen: KPMG; OECD

Starke Unterschiede bei der Steuerlast zwischen Kommunen

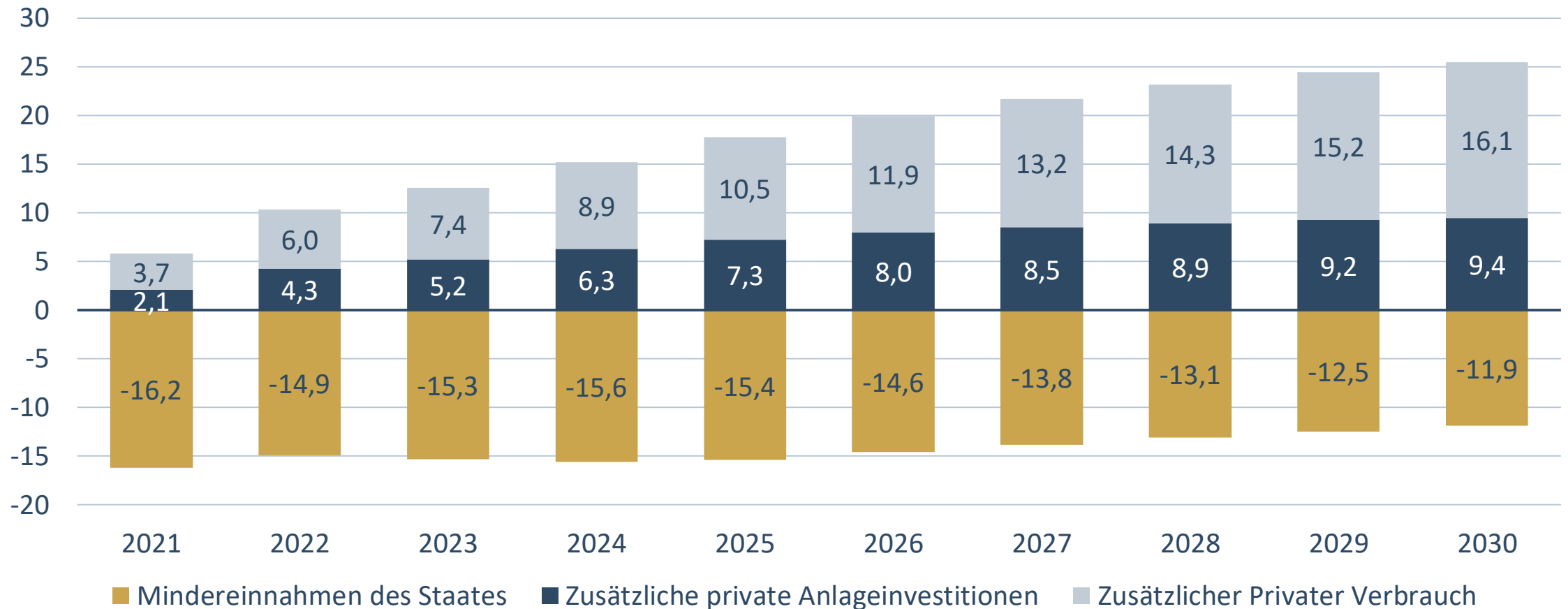
Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer in Prozent für die 700 Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern für das Jahr 2020



Quellen: DIHK; Institut der deutschen Wirtschaft

Reform: Plus bei Investitionen/Konsum übersteigt Mindereinnahmen

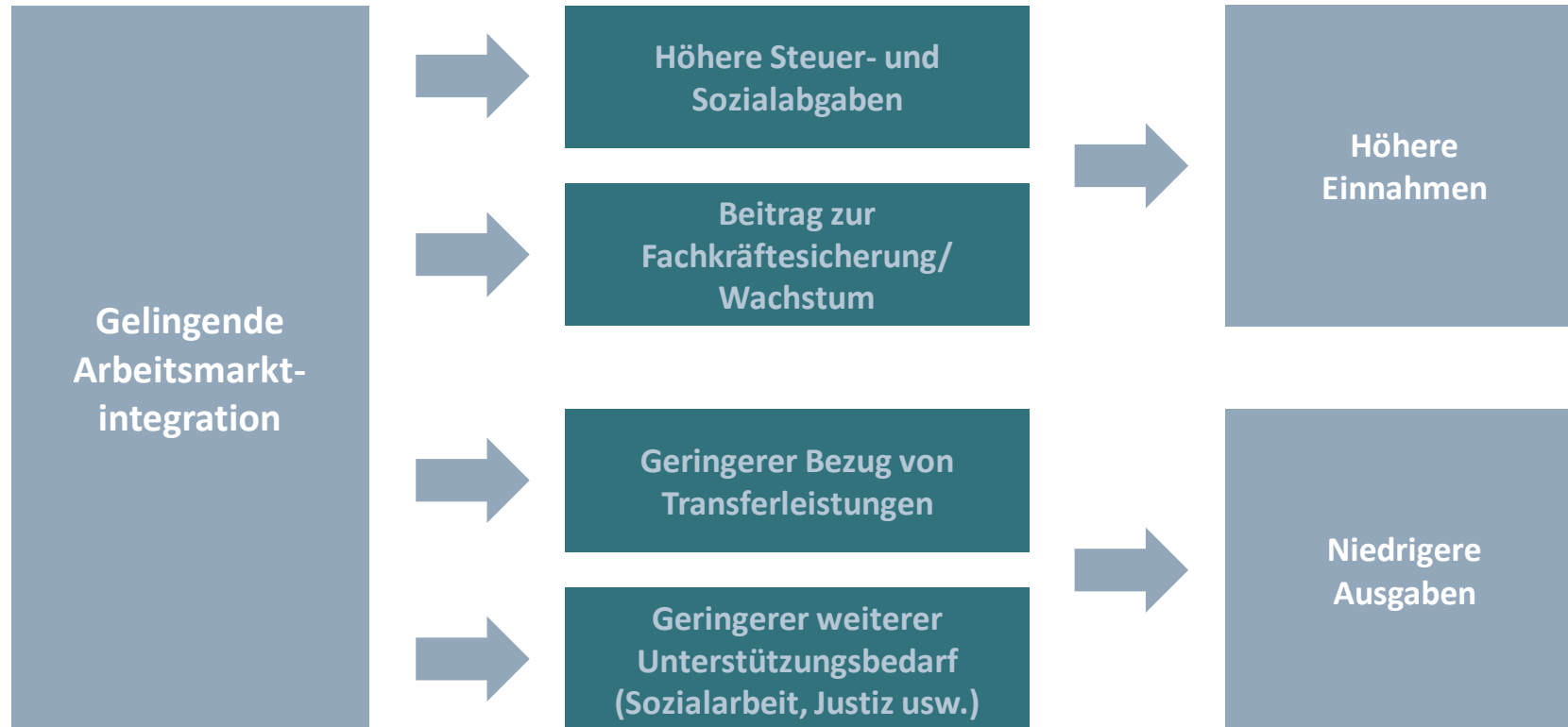
Angaben in Milliarden Euro (nominal), Steuersenkung um 6 Prozentpunkte in Relation zum Szenario ohne Reform



Quellen: Oxford Economics; Institut der deutschen Wirtschaft

Effekt einer guten Arbeitsmarktintegration langfristig positiv

Zuwanderung aufgrund des demografischen Wandels zwingend



Fazit: Schuldenbremse bremst Schulden und Wachstum

- Das vergangene Jahrzehnt hat viele Haushaltsspielräume eröffnet und unter anderem die **Einhaltung der Schuldenbremse** ermöglicht.
- **Corona-Pandemie** und der **Krieg in der Ukraine** verändern die Rahmenbedingungen grundlegend.
- **Hohe Steuersätze** bei gleichzeitig absehbaren Zinsanstiegen und Tilgungsverpflichtungen engen künftige Spielräume ein.
- Einhaltung der strengen Schuldenbremse wird zulasten wichtiger Aufgaben gehen. Bei den **Investitionen** hinkt Deutschland hinterher.
- **Flüchtlingsaufnahme** stellt eine weitere Herausforderung dar – bietet auf Sicht aber auch eine Chance angesichts von Fachkräftemangel und demografischem Wandel.

Dr. Tobias Hentze

Leiter Themencluster Staat, Steuern und Soziales

0221 4981-748

hentze@iwkoeln.de

iwkoeln.de

